der fest zugesagt hat, sich an die 19 Sekunden Redezeit zu halten.

(Zuruf von den PIRATEN: Sicher!)

Daniel Schwerd (PIRATEN): Das mache ich.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Die Uhr läuft, Herr Kollege. Bitte.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Herr Hegemann, seien Sie gewiss, wir werden die Prüfungen durch die Landesregierung genau begleiten und auch mit entsprechenden Anträgen reagieren.

Im Übrigen, Herr Hegemann und Herr Dr. Orth, ich glaube, wir sind mit dieser Art der Politik in diesem Parlament allemal erfolgreicher, als Sie das sind.

(Beifall von den PIRATEN)

Im Übrigen freue ich mich sehr auf den Flickflack. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank. In der Tat, das waren genau 19 Sekunden. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir sind somit am Schluss der Aussprache angelangt und kommen zur Abstimmung.

Die antragstellende Piratenfraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Zu der kommen wir nun.

Wir stimmen erstens über den Änderungsantrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten Drucksache 16/6203 ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten. Wer stimmt gegen den Änderungsantrag? – Das ist die CDU-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? – Keine Stimmenthaltung. Dann stelle ich fest, dass der Änderungsantrag Drucksache 16/6203 ...

(Unruhe)

Ich darf noch einmal nachfragen: Hat sich die FDP-Fraktion enthalten? – Kann ich nicht feststellen. Also der **Änderungsantrag Drucksache 16/6203** ist ohne Votum der FDP-Fraktion damit **angenommen**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Antrag der Piratenfraktion Drucksache 16/6115, und zwar über den Inhalt des soeben geänderten Antrages. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Piratenfraktion. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die CDU-Fraktion. Wer enthält sich? – Die FDP-Fraktion. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/6115 in der geänderten Fassung angenommen**.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

11 Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer Rechtsvorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6089

erste Lesung

Die Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, nur die Einbringung des Gesetzentwurfs durchzuführen.

(Starke Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit, weil wir jetzt noch verschiedene Gesetzentwürfe behandeln müssen.

Eine Debatte findet heute nicht statt. Herr Minister Jäger hat sich bereit erklärt, die **Einbringungsrede zu Protokoll** zu geben. (Siehe Anlage 2) Herzlichen Dank.

Wir kommen damit direkt zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfes Drucksache 16/6089** an den **Innenausschuss** federführend, an den **Rechtsausschuss**, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** sowie an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

12 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6090

erste Lesung

Auch hier haben sich die Fraktionen darauf verständigt, nur die Einbringung des Gesetzentwurfes durchzuführen. Eine Debatte findet heute nicht statt. Herr Minister Jäger hat sich auch hier bereit erklärt, die **Einbringungsrede zu Protokoll** zu geben. (Siehe Anlage 3)

Wir kommen somit direkt zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfes Drucksache 16/6090** an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Wer ist dafür? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

Anlage 3

Zu TOP 12 – „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit“ – zu Protokoll gegebene Rede

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales:

Wir haben uns erst vor wenigen Monaten hier im Plenum über kommunale Kooperationen unterhalten. In erster Linie ging es um das RVR-Gesetz, aber natürlich haben wir auch über das GkG gesprochen.

Mir sind zwei Bemerkungen besonders im Gedächtnis geblieben: „Die Kommunen warten auf die Instrumentarien.“ Und: „Der Landesgesetzgeber ist gefragt, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Kommunen ihre Kooperationen praktisch umsetzen können.“

Diese Erwartungen erfüllt unser Gesetzentwurf. Mit ihm geben wir unseren Kommunen die Instrumente in die Hand, damit sie besser, effizienter und flexibler miteinander kooperieren können. Das Wort „können“ ist in diesem Zusammenhang wichtig. Ich will darauf ausdrücklich hinweisen: Dieser Gesetzentwurf gibt unseren Kommunen Möglichkeiten, die sie nutzen können, aber nicht müssen.

Das ist Ausdruck des gebotenen Respekts vor der kommunalen Selbstverwaltung. Ich denke, unsere Kommunen können und sollen selbst entscheiden, welche Formen der Kooperation vor Ort Sinn machen.

Wichtig war uns auch die Experimentierklausel, denn mit ihr ergibt sich für unsere Kommunen die Chance, flexibel auf neue, vor allem technische Entwicklungen zu reagieren.

Der Gesetzentwurf ist die logische Weiterentwicklung einer über Jahrzehnte gewachsenen Tradition interkommunaler Zusammenarbeit hier in NRW.

Es geht aber nicht nur um Zukunftsfähigkeit, um Effizienz und Flexibilität, denn letztlich spielt natürlich auch ein Aspekt eine wichtige Rolle: Diese Effekte sollen unseren Kommunen vor allem ermöglichen, Aufgaben wirtschaftlicher und damit auch kostengünstiger zu erledigen.

Dieser Gesetzentwurf wird auch von den kommunalen Spitzenverbänden grundsätzlich mitgetragen – es gibt also wenig Argumente, ihm nicht zuzustimmen.

Ich bin gespannt auf die Beratungen im Ausschuss.